

Stephan Mühlbauer

Prof. Dr. Galina Kolev-Schaefer

Jonas Bazan

# Das **Exportjahrbuch** 2023 **AUSSENWIRTSCHAFT**



Stephan Mühlbauer

## **1 Außenwirtschaftlicher Ausblick**

### **1.1 Aktuelle Lage 2022**

#### **1.1.1 Export im Krisenmodus**

Nachdem die Corona-Epidemie Ende 2021 nicht zuletzt aufgrund der Impferfolge sich weltweit abschwächte, atmeten insbesondere die Exportunternehmen auf. Reisebeschränkungen wurden zum größten Teil aufgehoben. Die Auftragslage verbesserte sich. Es wurde im Inland wie im Ausland trotz mancher Lieferengpässe wieder mehr produziert. Doch dann kam das, was Politiker kurze Zeit später als Zeitenwende bezeichneten, nämlich der Krieg in der Ukraine, nachdem dort Ende Februar 2022 russische Truppen einmarschierten. Dieser ließ nicht nur das viele Jahre funktionierende Friedengerüst in Europa einstürzen. Seitdem läuft auch die deutsche Exportwirtschaft vielfach im Krisenmodus.

##### **1.1.1.1 Krieg in der Ukraine**

Zunächst brach der Außenhandel mit der Ukraine und Russland ein. Fast alle deutschen Firmen, die in Russland waren – laut dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) rund 3.650 –, stellten ihre Aktivitäten ein. In der Ukraine waren nach Angaben des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft etwa 2.000 Unternehmen

tätig. Aufgrund der Kriegsschäden konnten auch diese ihre Produktion vielerorts nicht fortsetzen. Unter den Kriegsfolgen leidet aber auch die gesamte Wirtschaft der Ukraine. Das Wirtschaftsministerium in Kiew rechnet für 2022 mit einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts um rund 33 Prozent. Russlands Wirtschaft bekommt dagegen die Härte der Sanktionen der EU und weiterer Industriestaaten zu spüren, auch wenn diese voraussichtlich sich erst mittelfristig stärker auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken werden.

Im Vergleich zum gesamten deutschen Außenhandel ist der Anteil der beiden Länder daran freilich relativ gering. Er lag 2021 nur bei etwa 3 Prozent. Im 1. Halbjahr 2022 hat sich zudem der deutsche Export nach Russland nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) mehr als halbiert, in Richtung Ukraine in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn etwa gedrittelt. Danach zogen die Exporte in die Ukraine wieder etwas an. Allerdings bleiben diese weiterhin abhängig von der Kriegssituation im Land.

### **1.1.1.2 Energiekrise ausgeweitet**

Der Krieg in der Ukraine hatte jedoch für deutsche Exportunternehmen insgesamt weitreichende wirtschaftliche Folgen, auch wenn diese zum Teil schon vorher sichtbar waren und durch den Krieg und die Sanktionen der EU gegen Russland sich nur noch verschlimmerten. Zuallererst sind da die Turbulenzen am Energiemarkt zu nennen. Russland verringerte als Reaktion auf die Sanktionen der EU und die Unterstützung der Ukraine drastisch seine Gaslieferungen nach Deutschland und teilweise auch in andere europäische Länder. Dies führte zur Ener-

Prof. Dr. Galina Kolev

## **2 Entwicklung der Exportregionen**

### **2.1 Gesamtbild**

#### **2.1.1 Weltwirtschaftliche Entwicklung: Überblick**

Zum Jahreswechsel 2022/2023 zeichnet sich ein weltwirtschaftliches Bild geprägt von zahlreichen Abwärtsrisiken und Unsicherheiten ab. Der Ausbruch des russischen Angriffskriegs in der Ukraine verzeichnet einen dramatischen Wendepunkt in der Geopolitik, der nicht nur die aktuelle Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigt, sondern auch neue Fragen bezüglich der Funktionsweise und der Prinzipien der Weltwirtschaftsordnung aufwirft. Die bereits zum Beginn des Jahres 2022 anziehenden Preise wichtiger Rohstoffe, insbesondere im Energiebereich, erfuhren einen weiteren Anstieg infolge des Krieges, und die Störungen globaler Lieferketten, die seit Beginn der COVID-19-Pandemie das Geschäftsmodell vieler international aufgestellter Unternehmen infrage stellen, nahmen eine neue Dimension ein. Zwar ließ die Auswirkung der Pandemie in vielen Ländern weltweit im Laufe des Jahres 2022 nach. Doch gerade die zweitgrößte Volkswirtschaft China bleibt nach wie vor dabei, durch die Verfolgung einer Null-COVID-Strategie das wirtschaftliche Geschehen einzuschränken, was weitreichende Folgen nicht nur für das Land selbst, sondern auch für die Handelspartner nach sich zieht.

### 2.1.2 Ausblick für 2023

In vielen entwickelten Volkswirtschaften wird die wirtschaftliche Dynamik auch im Jahr 2023 erheblich vom vorherrschenden inflationären Umfeld und der damit verbundenen schrumpfenden Kaufkraft der privaten Haushalte beeinträchtigt. Die geldpolitischen Antworten zwecks Bekämpfung der Inflation und das daraus resultierende anziehende Zinsniveau in den betroffenen Ländern wie USA und der Euroraum bremsen weiterhin die wirtschaftliche Aktivität aus. Die Fiskalpolitik steht vor der Herausforderung, eine Entlastung für die insbesondere von den hohen Energiepreisen betroffenen Haushalte und Unternehmen zu schaffen, ohne dabei die Bemühungen der Zentralbanken zur Inflationsbekämpfung zu untergraben. Nach einem Einbruch der Wachstumsdynamik im Jahr 2022 dürfte sich der Trend bei der Weltwirtschaft und dem Welthandel vor diesem Hintergrund auch 2023 fortsetzen, so dass sich das Wachstum der preisbereinigten globalen Wirtschaftsleistung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sowohl im Jahr 2022 als auch 2023 gegenüber 2021 in etwa halbieren dürfte. Somit beläuft sich die Prognose des Internationalen Währungsfonds für das Wachstum des globalen BIP auf 3,2 Prozent für das Jahr 2022 und 2,7 Prozent im Jahr 2023, nach einer Zunahme der Weltwirtschaftsleistung um 6,0 Prozent im Jahr 2021 (IMF, 2022). Unter Berücksichtigung des konvergenzbedingten deutlich höheren Wirtschaftswachstums in zahlreichen Schwellenländern wie Indien oder vielen Ländern aus Südostasien, deutet diese schwache Entwicklung der Weltwirtschaft auf eine Seitwärtsbewegung oder gar Rezession in einzelnen Industrieländern hin.

### **3.1.1 Freihandel**

#### **3.1.1.1 Eine europäische Zukunft für die Ukraine und Moldau**

Die Bemühungen um die wirtschaftliche Anbindung der beiden ehemaligen Sowjetrepubliken Moldau und Ukraine an die Europäische Union blicken auf eine turbulente Geschichte zurück, die die Region nachhaltig geprägt hat. Insbesondere das seit 2012 geplante Assoziationsabkommen mit der Ukraine war innen- wie außenpolitisch hochbrisant, da es den Interessen Russlands zur Integration der Ukraine in den eigenen Wirtschaftsraum widersprach. In der Ukraine selbst entzündeten sich an der Debatte um die Unterzeichnung des Abkommens die Spannungen zwischen der russlandaffinen Regierung und proeuropäischen Strömungen im Land. Nachdem eine Protestwelle die ukrainische Regierung im Jahr 2014 zum Rücktritt zwang, war der Weg für das Abkommen frei – das Volk hatte sich für den europäischen Weg entschieden. Gleichzeitig läutete dies aber auch den Beginn der russischen Intervention in der Ukraine ein, die mit der Annexion der Krim begann und mit dem Angriffskrieg im Februar 2022 ihren traurigen Höhepunkt fand.

Die Abkommen mit der Ukraine und Moldau traten 2014 vorläufig und seit 2016 in vollem Umfang in Kraft. Bereits am ersten Tag hob die EU alle Zölle auf Waren aus Moldau sowie die meisten ukrainischen Produkte auf, während sich die beiden Partnerstaaten zum schrittweisen Abbau verpflichteten. Ausgenommen blieben (wie für europäische Freihandelsabkommen üblich) bestimmte landwirtschaftliche Produkte, für die Zollkontingente vereinbart wurden. Im Jahr 2019 wurde der

Zollabbau in der Republik Moldau vollständig abgeschlossen.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich die wirtschaftliche Partnerschaft beider Staaten mit der EU in rasantem Tempo weiter vertieft:

- Seit März 2022 sind die Stromnetze beider Staaten mit dem der europäischen Union synchronisiert, der Stromhandel begann Ende Juni.
- Seit dem 30.05.2022 wurden alle verbleibenden Zollsätze auf ukrainische Waren seitens der EU vorübergehend ausgesetzt. Gleiches gilt für Zollkontingente und Einfuhrpreisregelungen. Für Moldau gelten seit Juli 2022 zusätzliche Kontingente.
- Die Ukraine hat ca. 95 Prozent aller Zölle auf europäische Waren abgebaut. Aktuell bestehen noch (geringe) Zollsätze u.a. für Kraftfahrzeuge und Mineralien. Der Abbau ist für das Jahr 2023 vorgesehen.
- Seit dem 23.05.2022 haben beide Staaten den **Beitrittskandidatenstatus** für die Europäische Union erlangt und erstatten regelmäßig Bericht über die Umsetzung der Beitrittsbedingungen. Aufgrund des laufenden Krieges wird dies aktuell eher als symbolischer Akt angesehen, eröffnet aber Chancen für eine weitere Integration in der Zukunft.
- Seit dem 05.09.2022 nimmt die Ukraine am EU-Programm *Zoll und Fiscalis* teil. Dieses soll das Land beim Aufbau einer zentralen Zoll-IT sowie bei der Korruptionsbekämpfung unterstützen.

## 4 Praxisbeiträge

### Wird die Energie- zu einer Systemkrise?

*Von Karsten Koch, Credendo*

Die seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs explodierenden Energiepreise machen sich in allen Bereichen der Wirtschaft und des Lebens immer stärker bemerkbar – auch dort, wo man es vielleicht nicht sofort erwartet. Dabei ist der Winter noch lange nicht vorbei. Wie geht es 2023 weiter?

Der Ukraine-Krieg hat Folgen für den Gasmarkt in Europa. Die Liefermengen fallen geringer aus, die Preise für Gas und Strom sind deutlich gestiegen. Die russischen Gaslieferungen wurden seit Beginn des Angriffs auf die Ukraine um etwa 80 Prozent reduziert. Die Entscheidung Russlands, die Lieferungen durch die Nord Stream 1-Pipeline auf unbestimmte Zeit einzustellen, hat die Besorgnis über eine Energieknappheit im Winter in ganz Europa verstärkt. Die Zerstörung der Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 stellte eine weitere Eskalation dar.

Aufgrund der reduzierten Verfügbarkeit und der Angst vor weiteren Störungen sind die Erdgaspreise im Sommer in Europa auf Rekordhöhen gestiegen. Dies trieb zwar alle anderen internationalen Gaspreise nach oben, aber nicht so stark wie in Europa. Die Differenz bedeutet gravierende Wettbewerbsnachteile für europäische Unternehmen im Vergleich zu anderen Weltregionen, insbesondere gegenüber amerikanischen und asiatischen Konkurrenten. Seit Ende August ist ein leichter Rückgang der Preise zu beobachten.

#### **Fragmentierung des europäischen Markts?**

Russische Gaslieferungen nach Polen, Bulgarien, Finnland, Dänemark und in die Niederlande wurden bereits im Sommer gestoppt, die Lieferungen nach Deutschland, Italien, Frankreich und andere Länder deutlich reduziert. Während die bestehenden Gasinfrastrukturen diese Kürzungen für die betroffenen Länder bisher auffangen konnten, könnten größere Störungen im beginnenden Winter dazu führen, dass einige Staaten nicht mehr versorgt werden und der europäische Markt teilweise fragmentiert wird.



Tatsächlich unterliegt der Gastransport innerhalb Europas technischen Engpässen. Es braucht etwas Zeit, Energieströme in Pipelines umzukehren. Die mitteleuropäischen Länder Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn sind am stärksten von Engpässen bedroht, da diese Staaten besonders von russischem Gas abhängig sind. Darüber hinaus führen ihre Hauptalternativrouten durch Länder mit unterschiedlichen Beschränkungen (Deutschland, Italien), in denen Übertragungsengpässe bestehen und die die Zuflüsse weiter versiegen lassen könnten. Die Kosten für die Versorgung dieser Märkte wären extrem hoch, wenn die russischen Lieferungen komplett eingestellt werden sollten.

Während die Gaspreise für einige Zeit auf hohem Niveau und volatil bleiben dürften, wird ihr tatsächliches Niveau von politischen Entscheidungen – wie der Einführung von Preisobergrenzen etwa in Deutschland – auf Länder- und EU-Ebene, der weiteren Entwicklung der russischen Lieferungen und den Temperaturen im Winter abhängen.

#### **Welche Branchen am stärksten betroffen sind**

Aufgrund der Auswirkungen auf die Strompreise werden diejenigen Branchen direkt betroffen sein, deren Produktion stark von Gas und Strom als Ausgangsmaterial und/oder als Endverbrauch abhängig ist. Credendo sieht hier insbesondere die Metallindustrie (wie Stahl, Aluminium und Zink), Düngemittel, Chemikalien, Baumaterialien (wie Zement und Glas), die Landwirtschaft, die Lebensmittelindustrie, die Ölraffination, die Papier- und Textilindustrie und die Stromerzeugungsbranche, die auch auf Gas angewiesen ist.

Aufgrund der hohen Gaspreise sind auf dem europäischen Kontinent längst Produktionskürzungen zu beobachten. Dies gilt insbesondere für den Stahlsektor, in dem im Spätsommer innerhalb der EU neun Stahlwerke die Produktion ganz oder teilweise eingestellt hatten. Weitere Werke folgten im September, sodass die Stahlproduktion in Europa im Vorjahresvergleich um knapp 7 Prozent zurückging. Die meisten Produktionsstopps wurden von ArcelorMittal initiiert.

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Stahlwerke leidet unter höheren Energiekosten als im Rest der Welt, aber auch unter einer schwachen Nachfrage, die teilweise durch die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in China erklärt werden kann. Verschärft sich die Energiekrise, ist im Laufe des Winters der Todesstoß für die europäische Stahlindustrie zu befürchten.